

Krafsamer Zeitung.

Nr. 204.

Dinstag den 6. September

1864.

Die „Krafsamer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementspreis für Krafsau 3 fl., mit Verrechnung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Kr., einzelne Nummern 5 Kr. Redaction, Administration und Expedition: Grob-Gasse Nr. 107.

VIII. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatt für die viergespaltene Petitzeile 5 Kr., im Anzeigerblatt für die erste Spalte 10 Kr., für jede weitere 3 Kr. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Kr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Karl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 26. August v. J. dem über sein Ansuchen in den bleibenden Ruhestand versetzten Sectionschef im k. k. Polizeiministerium Augustin Ritter von Martinez in Anerkennung seiner langjährigen und erspriesslichen Dienstleistung tarfrei den Orden der eisernen Krone zweiter Classe allergnädigst zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Krafsau, 6. September.

Ueber die Wiederaufnahme der Friedensconferenz und den Tag der nächsten Sitzung liegen auch heute keine Nachrichten vor. Die von der Friedensconferenz ernannte Gränzregulirungscommission weilt noch in Wien und ist beschäftigt, im Groben und Ganzen, auf Grund der vorliegenden Karten die neue Gränze so weit festzustellen, daß an Ort und Stelle nur noch im Einzelnen und je nach der localen Convenienz nachgeholfen zu werden braucht; das bereits massenhaft angeschwollene und doch noch immer lückenhafte Finanzmaterial andererseits wird von den beiderseitigen Sachmännern, dem Baron Plessen und dem Staatsrath Fenger, vorläufig geordnet und gesichtet, und erst auf Grund der dabei gewonnenen Resultate dürfte die Conferenz zu einem Abkommen gelangen. Anfänglich war von deutscher Seite beabsichtigt, auf die Conferenz nur die Grundzüge der finanziellen Ausgleichung zu vereinbaren, die Ausführung aber einer Liquidationscommission zu überlassen. Allein die Dänen, die schon einmal ein großes Land abgetreten haben, Norwegianen, haben bei der damals beliebten nachträglichen Verrechnung Erfahrungen gemacht, die sie bestimmen, eine möglichst eingehende Austragung der Geldfrage auf der Conferenz selbst anzustreben. Dem bekanntlich in norddeutschen Blättern zuerst aufgestellten Vorschlag, wie die Schulden, so auch die Activa zwischen dem Königreich und den Herzogthümern zu theilen halten sie die Thatfache entgegen, daß in den für die Conferenz maßgebenden Friedenspräliminarien gar nichts von einer Theilung der Activa gesagt sei. Wie die „Dtsche Post“ meint, haben die deutschen Mächte aus Billigkeitsrückichten darauf verzichtet, für die Herzogthümer einen Theil des für Kriegsschiffe und Bauten verwendeten activen Staatsvermögens von Dänemark zu beanspruchen, und die dänische Regierung zu irgend einer Rückvergütung der für dänische Staatszwecke verwendeten Summen, die aus den Herzogthümern gezogen worden, anzuhalten, dagegen aber erklärt, sie seien der Ansicht, daß die Herzogthümer einen Anspruch auf eine entsprechende Quote von den an Dänemark für die Ablösung des Derezundzollbesatzes bezahlten Summen haben, und daß eine Beschränkung des Principes einer von Dänemark an die Herzogthümer zu zahlenden Entschädigung auf die Derezundzollablösung unmöglich Dänemarks Finanzen so schwer treffen könne, dänischerseits erwidert sie darauf, dies sei allerdings der Fall, und man sei erbötig hierüber eine mit genauen statistischen Nachweisen versehenen Darstellung auf den Tisch der Conferenz niederzulegen. Auf diese Arbeit, mit welcher Herr Fenger beschäftigt ist, wird erwartet, bevor die Conferenz zu einer weiteren Sitzung zusammentritt.

Das „Memorial diplomatique“ bestätigt, daß Herr v. Bismarck, der wie an Herrn Drouyn de Lhuys, so auch an Lord Russell eine Note abgedandt hat, um den Friedensschluß zu notificiren und in welcher derselbe ebenfalls die Mäßigung hervorhebt, welche Preußen während der Unterhandlungen an den Tag gelegt, sich dafür eine sehr heftige Erwiderung Lord John Russells zugezogen hat. Der edle Lord, schreibt das „Mem.“, führt, wie man weiß, gerne Krieg auf dem Papier, und verlangte im vorliegenden Falle nichts Besseres, als eine recht stolz gehaltene Depesche zu schreiben, die er später dem Parlament vorlegen konnte. Wie dem nun auch sei, in der diplomatischen Welt hat die Depesche, auf welche wir hier anspielen, eine ziemlich große Sensation hervorgerufen.

Der „K. Z.“ wird aus Wien, 31. August, geschrieben: Es bestätigt sich, daß der österreichische FML. Prinz Waja seine Ansprüche auf die Herzogthümer Schleswig-Holstein dem Großherzog von Oldenburg cedirt hat. Die diesfällige Urkunde befindet sich bereits in den Händen des Großherzogs. Dem hiesigen oldenburgischen Bevollmächtigten ist Seitens des Grafen Rechberg das Erstaunen des kaiserlichen Cabinets ausgedrückt worden, daß die Vorlage der Begründung der oldenburgischen Rechtsansprüche so lange auf sich warten lasse, wodurch die Entscheidung der Successionsfrage über alle Gebühr verzögert werde. Ueber die oldenburgische Candidatur schreibt die „Corr. Zeidler.“ 1. Die deutschen Großmächte besitzen

ein ausschließliches Recht auf Schleswig, da der König Christian dieses Herzogthum in seiner Eigenschaft als dänischer Souverän inne hatte; 2. die beiden deutschen Großmächte besitzen ein ausschließliches Recht auf die früheren schleswigischen Lande im Herzogthum Holstein; 3. die beiden deutschen Großmächte sind in Folge der Wiener Präliminarien nicht bloß im Besiz der Rechte auf das frühere Lehnsherzogthum Holstein, welches Prinz Christian von Glücksburg auf Grund des Warschauer Protocolls erwarb, sondern auch im Besiz der parallelen Rechte in demselben Lehnsherzogthum, welche Prinz Christian damals durch Uebertragung von Seiten des Königs Friedrich VII. erwarb. Die deutschen Großmächte haben also in den Präliminarien einen ganzen Rechtstitel gewonnen während der Großherzog von Oldenburg nur auf die Hälfte des Rechtstitels, welcher aus der Punctation Nr. 3 des Warschauer Protocolls entspringt, eine Anwartschaft besitzt.

Ueber die Beziehungen Rußlands zu der Candidatur des Großherzogs von Oldenburg verlautet nach Frankfurter Mittheilungen der „Patrie“, daß der letzte Grund für die Unterstützung dieser Candidatur in einer freilich für eine späte Zukunft berechneten Speculation auf die Erwerbung Dänemarks und der Herzogthümer für Rußland zu suchen sei. Der Großherzog von Oldenburg soll sich nämlich bereit erklärt haben, wenn er einmal zum Herzog von Schleswig-Holstein erhoben sein wird, auch die Krone Dänemarks annehmen zu wollen, falls sie ihm angeboten würde. Denselben Bericht entnehmen wir, daß sich der Großfürst Konstantin einem Souverän gegenüber geäußert habe: „Rußland hätte nichts gegen den Herzog von Augustenburg einzuwenden, allein seine Erhebung auf den schleswig-holsteinischen Thron sei das größte Hinderniß für die Wiedervereinigung der Herzogthümer mit Dänemark.“

Die Nachricht, daß Herr v. Bismarck ein von ihm ausgearbeitetes Project zur Bundesreform in Wien vorgelegt habe, wird nunmehr der „D. N. Z.“ aus Berlin von gut unterrichteter Seite bestätigt. Nach dem Elaborat des preussischen Premiers würden Oesterreich und Preußen fortan die auswärtigen Angelegenheiten Deutschlands als Vormächte des Bundes allein leiten, und den anderen Staaten künftig nur außerordentliche diplomatische Missionen der einzelnen Dynastien an fremde Höfe in besonderen Fällen gestattet sein. Das Hauptgewicht solle übrigens in diesem Entwurfe auf die Reform der Bundes-Kriegsverfassung gelegt sein. Man spreche davon, daß unmittelbar nach dem Schlusse der Wiener Friedens-Verhandlungen eine abermalige Fürstenversammlung nach Wien berufen werden solle, welcher von Oesterreich und Preußen gemeinsam der bis dahin beiderseits zu vereinbarende Entwurf vorgelegt werden würde.

Mit jeltener Aufrichtigkeit bringt die Berliner „M. Z.“ die Mittheilung, daß die Anwesenheit des Herrn Minister-Präsidenten von Bismarck zu München, wo man durch mehrfachen Entgegenkommen auf dort begabte Wünsche, ein für die absehenden politischen und Handelsfragen günstiger vorbereitetes Terrain zu finden hoffte, eben so ohne Erfolg geblieben sei, wie die in Wien gemachten Anstrengungen behufs Erreichung eines für die preussische Marine wichtigen littoralen Zuwachses. In den der zeitigen Regierung nahe stehenden Kreisen tröstet man sich indes mit dem Wunsche und der Hoffnung, daß sich noch lange hinziehenden Friedens-, und demnächstigen Gränzregulirungs-Verhandlungen, eine noch nicht absehbarer Verlängerung der Occupation der Herzogthümer im Gefolge haben werde, und daß mit der Zeit die Aussichten für die diplomatischen Verhandlungen auf dem Gebiete territorialer Ergänzungen nur günstiger werden können.

Das „Mem. dipl.“ glaubt noch an eine Zusammenkunft des Kaisers Napoleon mit König Wilhelm in Baden. Es behauptet, versichern zu können, daß die Initiative zu dieser Zusammenkunft von dem Könige (3) ausging, der dem Kaiser der Franzosen neuerdings durch H. v. Roon den Wunsch habe ausdrücken lassen, mit ihm an dem Rheine zusammenzutreffen, wenn der kaiserliche Hof sein Vorhaben, eine Reise nach Lothringen zu unternehmen, ausführen sollte.

Die Anerkennung des Königs von Griechenland durch Preußen ist während der Anwesenheit Sr. Maj. des Königs zu Wien erfolgt. Die Ernennung eines Residenten für Athen ist bereits in Aussicht genommen.

In München, schreibt man der Berliner „B. u. P. Z.“, ist man ein wenig darüber verwundert, daß in demselben Momente, wo der Besuch des Königs von Preußen unserm Hofe eine Freundlichkeit erwies, die Anerkennung der neuen Regierung Griechenlands von Seiten Preußens ausgesprochen oder

bekannt wird. Man erklärt nun, diese Anerkennung des dänischen Prinzen auf dem wankenden Throne, den ein Mitglied des bairischen Königshauses verlassen mußte, sei ein Tropfen Oels auf die Wunden des Königs von Dänemark, in diesem Sinne soll man sich auch von preussischer Seite gewissermaßen ausgesprochen haben.

Der „B. u. P.“ schreibt man aus München: An unserm Hof ist die Nachricht eingetroffen, daß König Franz von Neapel entschlossen ist, Rom zu verlassen und sein Hoflager außerhalb Italiens zu verlegen. Es soll wegen der Wahl einer Residenz des erlitren Königs in Südtirol mit Oesterreich verhandelt werden. In Wien scheint man die Ueberstiedlung des Königs auf österreichisches Gebiet, wenigstens der italienischen Gränze so nahe, nicht zu wünschen. Die in Wien erwartete Ankunft des Freiherrn von Bach wird die Sache zur Erledigung bringen.

Der Prinz von Wales, dessen Besuch von der Kopenhagener Presse mit sehr sarkastischen Bemerkungen angekündigt wird, soll, wie der „G. C.“ geschrieben wird, in dem gegenwärtigen Zeitpunkt eine besonders warme Aufnahme nicht erwarten können.

Nach dem „Mem. dipl.“ hätte Graf Sponeck bereits Schritte behufs der Vermählung des jungen Königs von Griechenland mit einer russischen Prinzessin gethan, und es seien die diesfälligen Eröffnungen in Petersburg günstig aufgenommen worden.

Ueber die Verhandlungen wegen der römischen Frage circulirt in Paris das Gerücht, daß auch von der „Union“, bekanntlich einem clericalen Blatte, mitgetheilt wird, daß die Beratungen des Kaisers mit den nach Paris gereisten Turiner Abgeordneten eine Versöhnung des Papstes mit dem Könige Victor Emanuel zum Zwecke gehabt haben. Als Hauptpunkte des französischen Vorschlags für ein Arrangement werden bezeichnet: 1. Frankreich und Italien garantiren dem Papste seinen Bestizstand und seine Souveränität, während die politische Civilverwaltung an die Turiner Regierung übergeht, welche dem Papste einen jährlichen Tribut zahlt, den Katholicismus zu schützen, alle gegen die Kirche in Italien ergriffenen Maßregeln zurückzuziehen und eine Amnestie für die Heiligkeit zu erlassen sich verpflichtet.

Der „Independance“ wird aus Petersburg, 28. August geschrieben, die angebliche Reduction, die neuerdings in der russischen Armee vorgenommen worden, sei keine Reduction, sondern eine längst beschlossene Reorganisation, die nur durch den polnischen Aufstand bis jetzt verzögert worden sei.

Ueber die Zollfrage bringt die „A. A. Z.“ eine Wiener Correspondenz, welche uns gut unterrichtet scheint und aus welcher hervorgehen dürfte, daß es sich bei Feststellung der Instructionen für Freiherrn v. Hoch darum handelte, die Exemption Oesterreichs von der Anwendbarkeit des Art. 31 zu maxiren und darin den Schwerpunkt der Verhandlungen zu verlegen. Wir wissen nicht, inwiefern die vereinbarten Instructionen dieser Tendenz entsprechen. In der citirten Correspondenz heißt es: „In Folge der Note vom 28. Juli mußte nun allerdings Preußen einlenken; denn man darf nicht vergessen, daß es ohne Oesterreich eben so wenig den Krieg in den Herzogthümern führen als den Frieden schließen kann. Es kam nur darauf an, dieses Einlenken in der Weise zu formuliren, daß Preußen sich zu allen möglichen Verhandlungen, aber zu keiner einzigen Concession in Betreff des Art. 31 bereit erklärt. Dies ist dem Herrn v. Balan gelungen, und es ist fast unbegreiflich, daß es Auffassungen in Wien gibt, welche sich damit zufriedengefesselt halten. Glücklicherweise sind andere Männer anderer Ansicht. Sie begreifen, daß das Nachgeben auf diesem Punkte gleich ist nicht bloß dem Aufgehen der ganzen Stellung Oesterreichs in Deutschland, sondern auch der völligen Mediatisirung der deutschen Staaten, der Umkehr des Principes der ganzen deutschen Staatenbildung, ja daß in diesem Augenblicke das Aufgeben des österreichischen Standpunctes die treuesten Verbündeten von ihm auf immer abwendig machen werde. Sie halten deshalb daran fest, daß auf diesem Punkte eine entscheidende Wendung stattfinden wird und muß, und daß im höchsten Interesse Deutschlands und Oesterreichs das Princip des Art. 31, die Entfremdung Oesterreichs von Deutschland, gar nicht Gegenstand der Verhandlung in Berlin sein kann, sondern daß man in Berlin über die Formen und Bedingungen verhandeln könne, in denen dieser Artikel in dem Handelsvertrage vernichtet wird. Diejenigen gehen auch unserer Meinung nach zu weit, welche überhaupt gar

keine directen Verhandlungen in Berlin wollen; daß aber dem Herrn v. Hoch Instructionen mitgegeben werden, nach welcher er den Standpunct des Rechtes Oesterreichs auf Eintritt in den Zollverein überhaupt aufgeben, und an seine Stelle ein, wenn auch noch so vortheilhaftes Zollartell setzen dürfe, halten wir — schon aus Verpflichtung gegen Baiern — für unmöglich. Daher müssen wir leider der Ueberzeugung bleiben, daß die Verhandlungen mit Preußen ungefähr das Schicksal der Prager Verhandlungen haben werden. Wir möchten überhaupt nicht glauben, daß ein festes Resultat erzielt werden kann, bevor der Friede mit Dänemark definitiv zu Stande gekommen.“

Frankreich scheint weit entfernt davon, in eine Aenderung des Artikels 31 des französisch-preussischen Handelsvertrages zu Gunsten Oesterreichs zu willigen. Die „Patrie“, welche die österreichische Note vom 28. Juli näher beleuchtet, spricht sich mit großer Energie dagegen aus, daß Preußen auf Unkosten des Handelsvertrages Oesterreich Concessionen mache, um dessen Unterstützung für seine Plane in den Herzogthümern zu erhalten.

Die Meldung von dem unmittelbar bevorstehenden Eintritt Rassa's in den neu constituirten Zollverein wird heute mit dem Beifügen als unrichtig bezeichnet, daß Rassa, gleich den übrigen Staaten der Münchener Zollconferenz, vor Beendigung der Verhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen auf keinen Fall einen definitiven Beschluß fassen werde.

Landtagsangelegenheiten.

Der vom steiermärkischen Landtage in der letzten Session beschlossene Gesetzentwurf, betreffend das Schulpatronat und die Kostenbestreitung für die Localitäten der Volksschulen, wurde sanctionirt.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 2. September. Dem Vernehmen nach begibt sich Sr. M. der Kaiser in der zweiten Hälfte des Monats September zur Abhaltung von Gensjagden nach Fichtl, wo um dieselbe Zeit auch mehrere hohe Herrschaften eintreffen werden. Zu diesen interessanten und schönen Hofsjagden im Salzkammergut sind bereits die Einladungen ergangen. Während der jüngsten Anwesenheit des Königs von Preußen in Schönbrunn wurde derselbe von Sr. Majestät dem Kaiser persönlich eingeladen, an den Jagden bei Fichtl theilzunehmen; ob der König der ein großer Jagdfreund ist, der Einladung folgen werde, ist noch nicht gewiß, doch werden bereits die entsprechenden Vorbereitungen zur Aufnahme des hohen Gastes getroffen.

Sr. Excellenz der Herr Präsident Dr. Freiherr von Hauke ist gestern nach Dresden abgereist, um die Beratungen der unter seinem Vorsitze tagenden Bundescommission zur Ausarbeitung eines deutschen Obligationenrechtes fortzusetzen.

Eine neue Rigorosen-Ordnung für den juristischen Doctorsgrad wurde vom Unterrichtsraath entworfen und dem Ministerium bereits vorgelegt.

Der Afrika-Reisende Miani spricht vor seiner Abreise nochmals seinen Dank für die ihm gewordenen Unterstützungen öffentlich aus, über welche er folgende Zusammenstellung gibt: von Sr. Majestät dem Kaiser an Waffen und Munition 10.000 Frs., von der ägyptischen Colonie 10.000 Frs., in Trieste 3.400 Frs., in Venedig an Baarem und an Conterien 10.000 Frs. Weitere Beiträge übernimmt während seiner Abwesenheit Hr. Willisch, die Geldauszahlungen das Bankhaus Reboldella.

Deutschland.

In der Bundestagsitzung vom 1. d. ist ferner durch das Präsidium ein Schreiben der Königin von Spanien vorgelegt worden, mittelst dessen die Königin dem deutschen Bunde die Verlobung ihrer Nichte, der Tochter des Herzogs von Montpensier, mit dem Grafen von Paris notificirt.

Ein Telegramm der „Presse“ aus Kiel, 3. d., meldet: Einunddreißig hier versammelte nicht ritterchaftliche Gutsbesitzer haben den Anschluß an die Beschlüsse der Ritterschaft und Prälaten mit einer Majorität von 22 Stimmen abgelehnt, und dagegen mit 25 Stimmen Resolutionen gefaßt, welche mit denen des Städtetages übereinstimmen. Eine Vorlesung, welche Dr. Baumgarten hier zu halten beabsichtigte, wurde verboten. Die Resolutionen, welche von dem 38 Kirchspiele umfassenden Centralver-eine von Angeln gefaßt wurden, sind im wesentlichen denen von Neumünster gleichlautend.

Herr von Könnert ist am 3. d. nach Aftonq

